



FMSG Jahresbericht 2017
gemäß § 13 Abs 10 FMABG

Inhalt

Management Summary	3
Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen	4
Entwicklung des Bankensektors	4
Entwicklung des Versicherungssektors	10
Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen	13
Entwicklung des Wertpapiersektors	14
Tätigkeitsbericht	16
Über das FMSG	18
Aufgaben des FMSG	18
Mitglieder des FMSG	19

Management Summary

Im Zentrum der Arbeit des Gremiums stand im letzten Jahr die Evaluierung der makroprudenziellen Kapitalpuffer, deren Zweck die Milderung systemischer Risiken im Finanzsystem ist. Das FMSG empfahl – auf Basis von OeNB-Vorschlägen – die Erweiterung der vom Systemrisikopuffer (SRP) erfassten Banken sowie die Ausweitung auf die unkonsolidierte Ebene, die Beibehaltung der Höhe und der erfassten Institute des Systemrelevante Institute- (OSII-) Puffers sowie den Antizyklischen Kapitalpuffer (AZKP) in Höhe von 0%.

Vertieft setzte sich das Gremium vor dem Hintergrund steigender Immobilienpreise und niedriger Zinsen weiterhin mit der Nachhaltigkeit der Kreditvergabe in der Immobilienfinanzierung auseinander, um den Aufbau systemischer Risiken zu vermeiden. Das FMSG begrüßte dabei die Umsetzung seines Hinweises zur Erweiterung der makroprudenziellen Instrumente in § 22b Bankwesengesetz (BWG) durch den Gesetzgeber, um der makroprudenziellen Aufsicht Handlungsmöglichkeiten für den Fall systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung zu geben. Das Gremium sah im Jahr 2017 keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, rief aber die Banken dazu auf, auf die Nachhaltigkeit bei der Neukreditvergabe zu achten.

In seiner Sitzung zum Jahresende evaluierte das FMSG die Strategie der Makroprudenziellen Aufsicht in Österreich und passte sie hinsichtlich der im Sommer 2017 vom Gesetzgeber beschlossenen Instrumente zur Adressierung systemischer Risiken aus der Fremdfinanzierung von Immobilien – unter anderem Höchstgrenzen für Beleihungsquoten, Schuldenquoten, Schuldendienstquoten und Laufzeiten – an.

Die Tätigkeit des Gremiums wird durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen zu den Sitzungen sowie Veröffentlichungen von Empfehlungen, Hinweisen und Berichten im Internet auf www.fmsg.at transparent gemacht.

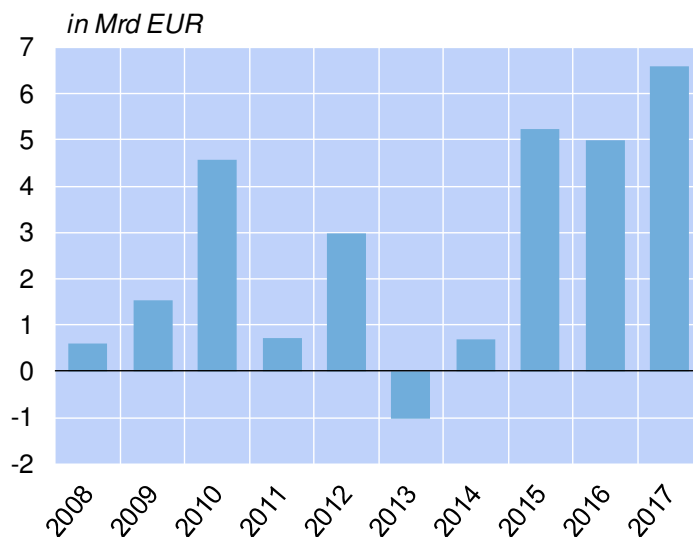
Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

Entwicklung des Bankensektors

Österreichische Banken profitieren vom günstigen Umfeld und von Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle

Durch Restrukturierungen seitens der Banken und Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle sowie durch aufsichtliche Maßnahmen wurde die Finanzmarktstabilität in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt. Dennoch steht der Bankensektor weiterhin vor großen Herausforderungen, wie etwa dem Niedrigzinsumfeld. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich verbessert, was sich in den historisch niedrigen Kreditrisikovorsorgen und in der höheren Profitabilität widerspiegelt. Ende 2017 lag das Periodenergebnis der österreichischen Banken in Höhe von 6,6 Mrd EUR um 1,6 Mrd EUR über dem Vorjahreswert. Während das Kreditwachstum im Jahr 2017 an Dynamik gewonnen hat, stagnierte das Zinsergebnis aufgrund des Niedrigzinsniveaus auf Vorjahresniveau. Das Nettozinsergebnis ist aber auch weiterhin die wichtigste Ertragskomponente. Das vorherrschend niedrige Zinsniveau erhöht zwar die Schuldentragfähigkeit, insbesondere bei variabel verzinsten Krediten, birgt umgekehrt allerdings auch Risiken im Falle eines Zinsanstiegs. Weiterer Risikofaktor für die Profitabilität wäre eine schwächer als prognostizierte konjunkturelle Entwicklung, weshalb sich die Nachhaltigkeit des aktuellen Kreditrisikoniveaus erst beweisen muss.

Konsolidiertes Periodenergebnis der österreichischen Banken



Quelle: OeNB.

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen (operativen) Profitabilität sind allerdings weitere Maßnahmen zur Steigerung der Kosteneffizienz und damit zur Erhöhung der Risikotragfähigkeit notwendig. Das derzeit positive makroökonomische Umfeld bietet hierzu eine gute Gelegenheit.

Makroökonomisches Umfeld bietet gute Gelegenheit, um Reformen voranzutreiben

Kreditqualität hat sich weiter verbessert

Die Kreditqualität der österreichischen Banken hat sich im Jahr 2017 angesichts des günstigeren wirtschaftlichen Umfelds weiter verbessert. Sowohl die konsolidierte NPL-Ratio wie auch die NPL-Ratio für das Österreichgeschäft gingen weiter zurück und erreichten ein Niveau von 3,4% bzw.

2,5%¹. Die deutlichsten Rückgänge sind aber weiterhin bei den österreichischen Tochterbanken in CESEE zu verzeichnen, deren NPL-Ratio sich im Verlauf des Jahres 2017 weiter deutlich auf 4,5% verbessert hat.¹

Systemische Risiken aus Wohnimmobilienkrediten bleiben begrenzt

Die systemischen Risiken aus der Vergabe von Wohnimmobilienkrediten in Österreich sind im Jahr 2017 aufgrund der hohen Risikotragfähigkeit von Kreditgebern und Kreditnehmern begrenzt geblieben, auch wenn es Herausforderungen bei den Vergabestandards von neu vergebenen Krediten gibt.

Das jährliche Wachstum der von den österreichischen Banken an inländische private Haushalte vergebenen Wohnimmobilienkredite betrug im Dezember 2017 4,7%. Die Wachstumsraten bewegen sich seit Ende 2015 um ähnliche Werte und sind damit deutlich unter jenen von vor der Finanzkrise geblieben. Die Wachstumsraten der Wohnimmobilienpreise haben sich bis Ende 2017 stabilisiert, auch wenn es regionale Unterschiede gibt: Während das Preisniveau in Wien weitgehend unverändert geblieben ist (+0,3% Jahreswachstum), ist es in Österreich ohne Wien stärker gewachsen (+7,3% Jahreswachstum). Die Veränderung von Immobilienpreisen und Kreditvolumina haben in der Vergangenheit jedoch keine nennenswerte Korrelation aufgewiesen, was darauf hindeutet, dass die starken Immobilienpreisanstiege im letzten Jahrzehnt nicht durch exzessiven Leverage finanziert waren. Die NPL-Ratio von mit Wohnimmobilien besicherten Krediten ist im Jahr 2017 niedrig geblieben (1,6% per Ende 2017). Wohnbaukredite spielen in den Geschäftsmodellen der österreichischen Banken eine deutlich geringere Rolle als im Durchschnitt der EU-Banken. So machten die Wohnbaukredite bei den österreichischen Bankkonzernen im Verhältnis zu deren Eigenkapital rund 160% (gewichteter Durchschnitt bei den EU-Bankkonzernen: rund 280%) und im Verhältnis zur Bilanzsumme rund 13% (gewichteter Durchschnitt bei den EU-Bankkonzernen: rund 19%) aus.

Private Haushalte, die Kredite für Wohnraumschaffung und -erhalt aufnehmen, weisen in der Regel Einkommens- und Vermögensniveaus auf, die deutlich über dem mittleren Haushalt in Österreich liegen, während verwundbare Haushalte von gemeinnützigem Wohnraum und einem stark ausgeprägten Mieterschutz profitieren². Die Entwicklung von makroökonomischen Kennzahlen wie der Gesamtverschuldung des Haushaltssektors im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und den gesamten ausstehenden Wohnbaukrediten im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen zeigt ebenfalls keine Verschlechterung der Verschuldung des aggregierten Haushaltssektors an. Zusätzlich sind Fremdwährungskredite und variabel verzinsten Kredite im Laufe des Jahres 2017 stark zurückgegangen, wodurch sich die Exponierung gegenüber Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken deutlich reduziert hat.

Vor dem Hintergrund niedrigster Zinsen, starken Konjunkturwachstums und möglicher Erwartungen weiter steigender Immobilienpreise zeigen sich allerdings bei den Vergabestandards von neu vergebenen Wohnimmobilienkrediten Herausforderungen für die Finanzmarktstabilität. Finanzmarktaufsicht (FMA) und Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) sind daher in einen

¹ Der Berechnung liegen alle Kredite und Darlehen zugrunde.

² Für Details siehe bspw. Albacete, N., P. Fessler, P. Lindner, 2016, The distribution of residential property price changes across homeowners and its implications for financial stability in Austria, OeNB Financial Stability Report 31, S. 62-81.

intensiven Dialog mit dem Bankensektor getreten, und das FMSG wird sich im Jahre 2018 weiterhin mit dem Thema auseinandersetzen.

Kapitalisierung entspricht europäischem Durchschnitt

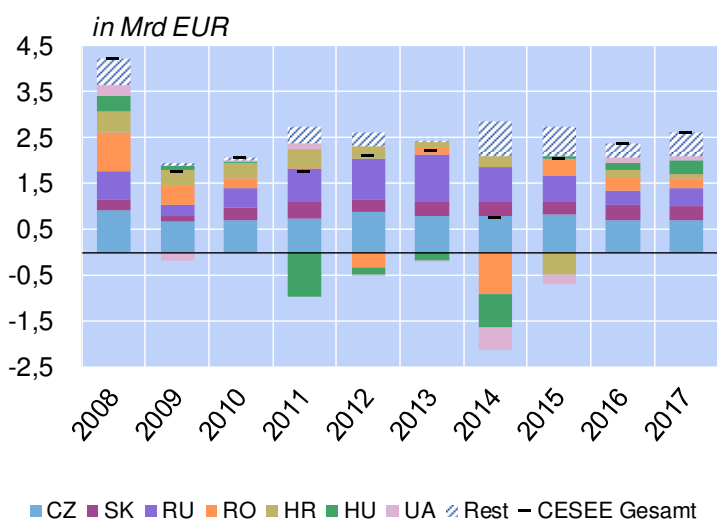
Die Kapitalisierung der österreichischen Banken hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass die konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET 1-Ratio) der österreichischen Banken Ende 2017 mit 15,1% dem EU-Durchschnitt (September 2017: 15,0%) entspricht. Angesichts des spezifischen Risikoprofils österreichischer Banken ist allerdings weiterer Handlungsbedarf hinsichtlich der Stärkung ihrer Risikotragfähigkeit gegeben, und ein Zurückfallen hinter europäische Peers soll vermieden werden.

Anpassungsprozess beim Geschäftsmodell zeigt sichtbare Ergebnisse

Komplexe und kostenintensive Strukturen, hoher Wettbewerb, das Niedrigzinsumfeld, die niedrigen Zinsmargen sowie die Herausforderungen durch die Digitalisierung erhöhten den Druck auf die österreichischen Banken, Anpassungen ihrer Geschäftsmodelle vorzunehmen. Restrukturierungen u.a. bei UniCredit Bank Austria AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG/Raiffeisen Bank International sowie im Bereich der Volksbanken veränderten die Größe, die Geschäftsausrichtung und das Risikoprofil des österreichischen Bankensektors, wodurch sich die Finanzmarktstabilität verbessert hat.

So ging bspw. die Bilanzsumme seit dem Höchststand (Mitte 2010) im Jahr 2017 um knapp 16% zurück, die Auslandsforderungen um 26% (seit Q3-2008), die Anzahl der Banken seit 2007 um mehr als ein Viertel auf 628 (per Dezember 2017) und die Zweigstellen (Filialen) (seit 2007) um 14% auf 3.768. Mit dem Rückgang der Zweigstellen ging auch eine Veränderung der Bankstellendichte um 20% von 1.933 im Jahr 2007 auf 2.328 Einwohner pro Bankstelle im Jahr 2017 einher. Die Anzahl der Beschäftigten im Bankensektor ist in den vergangenen zehn Jahren um nahezu 6% gesunken. Außerdem haben die Banken ihre Kapitalisierung deutlich gestärkt und somit ihre Risikotragfähigkeit erhöht. Während dieses Anpassungsprozesses blieb eine stabile Kreditversorgung der Realwirtschaft gewährleistet. Im Zuge der Umstrukturierungen bei den österreichischen Banken kam es auch zu Veränderungen in Bezug auf deren CESEE-Exponierung: die Bedeutung der Aktivitäten in Ländern wie Tschechien und der Slowakei hat aus

Periodenergebnisse österreichischer Tochterbanken in CESEE



Sicht der österreichischen Banken zugenommen, wohingegen jene der wirtschaftlich volatileren Länder wie Russland und Ukraine abgenommen hat.

Profitabilität der österreichischen
Tochterbanken in CESEE steigt auf Basis
gesunkener Wertberichtigungen

Das aggregierte Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE betrug im Jahr 2017 2,6 Mrd EUR. Damit kam es zu einer Erhöhung der Profitabilität um 12% im Jahresvergleich. Auch hier war die starke Reduktion der Wertberichtigungen – vor allem in Russland und der Tschechischen Republik – weiterhin dafür maßgeblich. Die höchsten Gewinnbeiträge kamen aus diesen beiden Ländern. Die österreichischen Tochterbanken verzeichneten in der Tschechischen Republik und der Slowakei ein vergleichsweise hohes Kreditwachstum.

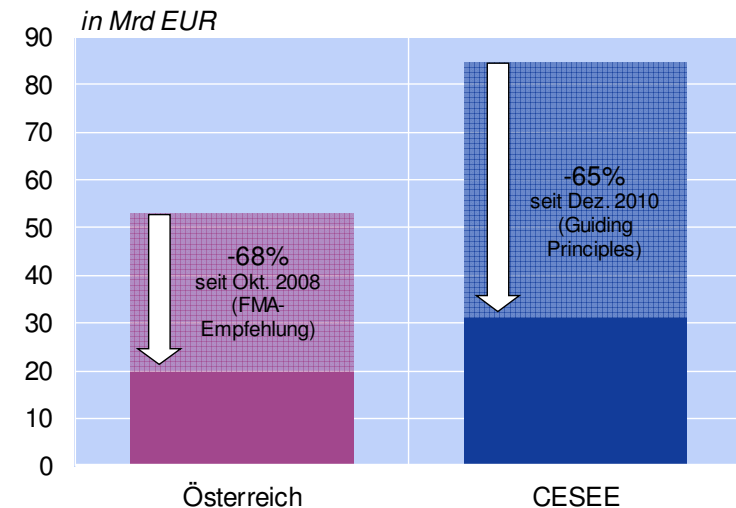
Makroprudenzielle Maßnahmen
entfalten weiterhin ihre Wirkung

In Österreich wurden bereits frühzeitig makroprudenzielle Maßnahmen gesetzt: So gibt es seit 2003 Mindeststandards der FMA für die Neuvergabe von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten, welche Anfang 2017 überarbeitet wurden. In den seit 1. Juni 2017 geltenden neuen FMA-Mindeststandards wurden die Informationspflichten der Banken gegenüber den Kreditnehmenden wesentlich erweitert, Vorgaben zur Verbesserung der Markttransparenz eingeführt und ein eigenes Kapitel zu den von Banken zu treffenden Risikovorsorgen aufgenommen.³

³ Die Erstfassung der FMA-Mindeststandards wurde bereits im Oktober 2003 veröffentlicht. In 2010 und 2013 folgten Ergänzungen bzw. Erweiterungen. Die seit 1. Juni 2017 geltenden FMA-Mindeststandards sind unter folgendem Link abrufbar: <https://www.fma.gv.at/download.php?d=2853>.

Seit der Empfehlung der FMA vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in der jeweiligen Fremdwährung zu vergeben, hat sich das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen wechsellkursbereinigt um 68% auf 19,8 Mrd EUR (Jänner 2018) reduziert. Dennoch bleiben die Risiken für betroffene Haushalte aus Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten weiterhin hoch. Rund drei Viertel aller Fremdwährungskredite an private Haushalte sind endfällig und an einen Tilgungsträger geknüpft. Eine im Frühjahr 2017 von der OeNB in Kooperation mit der FMA

Fremdwährungskredite österreichischer Banken in Österreich und CESEE*



Quelle: OeNB.

* Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen.

Anmerkung: Prozentwerte beziehen sich auf währungsbereinigte Veränderungen des Fremdwährungskreditvolumens in Österreich im Zeitraum von Oktober 2008 (FMA-Empfehlung) bis Jänner 2018, in CESEE von Dezember 2010 (Guiding Principles) bis Dezember 2017.

durchgeführte Umfrage über Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite ergab, dass die Deckungslücke⁴ per Ende 2016 rund 32% des ausstehenden Volumens der Tilgungsträgerkredite betrug. Um die Entwicklung der Fremdwährungskredite und speziell jener in Verbindung mit Tilgungsträgern laufend zu beobachten, wird die Umfrage im Frühjahr 2018 wiederholt. Angesichts der bestehenden Risiken empfiehlt die OeNB den Banken, gemeinsam mit den Kreditnehmenden ihre Risikotragfähigkeit zu evaluieren und gegebenenfalls Schritte zur Eindämmung der Risiken zu setzen.

In der CESEE-Region ist das von den österreichischen Tochterbanken vergebene Fremdwährungskreditvolumen ebenfalls weiter rückläufig. Zwischen Ende 2010 und Dezember 2017 fiel das Fremdwährungskreditvolumen wechsellkursbereinigt um 65% auf 31 Mrd EUR. Somit wirkten sich die gesetzten aufsichtlichen Maßnahmen (Guiding Principles vom Dezember 2010) positiv auf diese Entwicklung aus. Die Umstrukturierungen bei der UniCredit Bank Austria AG hatten ebenfalls einen Einfluss auf den Rückgang.

⁴ Unter Deckungslücke wird die Differenz zwischen dem ausstehenden Kreditbetrag in Euro und dem prognostizierten Wert des Tilgungsträgers am Laufzeitende verstanden.

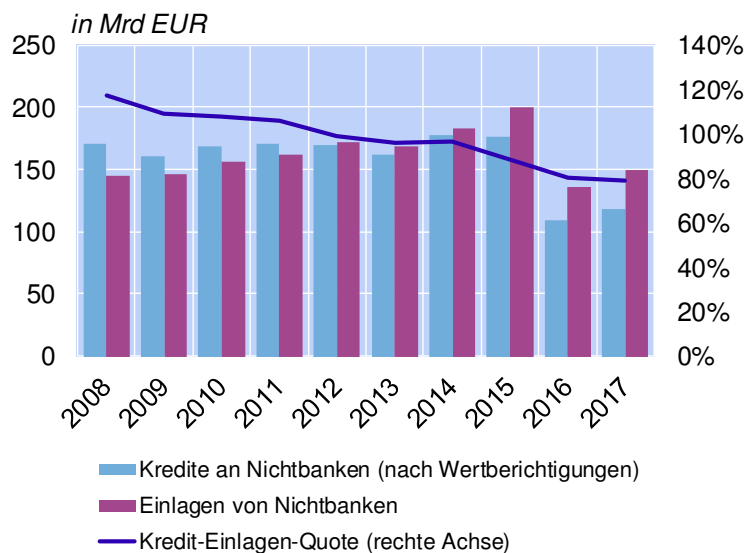
Adaptiertes Nachhaltigkeitspaket wird
im Sinne der Finanzmarktstabilität
fortgeführt

Die im Jahr 2012 von FMA und OeNB veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken wurde 2017 einer Überprüfung unterzogen. Das ursprüngliche Nachhaltigkeitspaket zielte darauf ab, die stabile lokale Refinanzierungsbasis von Tochterbanken im Ausland zu stärken, die Kapitalisierung der umfassten Mutterbanken zu erhöhen und die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen frühzeitig zu gewährleisten.

Diese Ziele wurden erreicht. Das Nachhaltigkeitspaket hat erfolgreich die österreichische Finanzmarkt-

stabilität gestärkt, ohne die Kreditvergabe der Tochterbanken zu schwächen. Angesichts veränderter rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen – u.a. Bankenunion, Abwicklungsregime, makroprudenzielle Kapitalpuffer – werden die Kapitalisierung sowie die Sanierungs- und Abwicklungsplanung künftig nicht mehr Teil des Nachhaltigkeitspakets sein, wohingegen die Beobachtung der lokalen stabilen Refinanzierung ausländischer Tochterbanken auch in Zukunft zur Vermeidung eines exzessiven Kreditwachstums und zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität fortgeführt wird. Die laufende Analyse bestätigt die ausgewogenere Refinanzierung der österreichischen Tochterbanken in CESEE, deren Kredit-Einlagen-Quote Ende 2017 bei 79% lag (Ende 2011: 106%).

Kredit- und Einlagenentwicklung der österreichischen Tochterbanken in CESEE



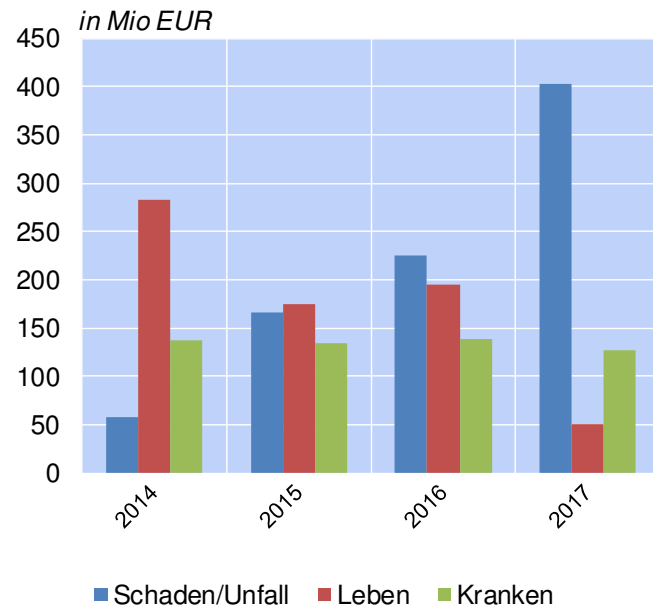
Quelle: OeNB, variables Bankensample (z.B. ohne Tochterbanken der UniCredit BA seit 2016)

Entwicklung des Versicherungssektors

Geringer Prämienzuwachs

Im Jahr 2017 erhöhte sich im österreichischen Versicherungssektor das Volumen der verrechneten Prämien im Vergleich zum Vorjahr um 0,4% auf 16,98 Mrd EUR. Einzig in der Bilanzabteilung Leben war ein Rückgang der verrechneten Prämien in Höhe von 5,1% festzustellen, welcher zum Teil der weiteren Absenkung des Höchstgaranziezinssatzes auf 0,5% im Jänner 2017 geschuldet war. Die Prämien aus Einmaleralägen waren weiterhin rückläufig. Die verrechneten Prämien in der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung stiegen gegenüber dem Vorjahr hingegen deutlich an. In den Bilanzabteilungen Schaden/Unfall und Kranken stiegen die Prämien ebenfalls, um 3,3% (Schaden/Unfall) bzw. 3,8% (Kranken). Damit setzte sich der Trend der Vorquartale in diesen Sparten fort.

Versicherungstechnisches Ergebnis



Quelle: FMA

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio EUR	2014	2015	2016	2017	Veränderung 2016/2017
Schaden/Unfall	8.534	8.688	8.826	9.115	+3,3%
Leben	6.663	6.695	6.038	5.732	-5,1%
hv. fonds- und indexgebunden	1.529	1.467	1.346	1.475	+9,6%
Kranken	1.880	1.959	2.051	2.129	+3,8%
Gesamt	17.077	17.342	16.915	16.975	+0,4%

Quelle: FMA

Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle im abgelaufenen Jahr auf 14,7 Mrd EUR; das entspricht einem Rückgang von 0,1% gegenüber dem Vorjahr. In der Schadens- und Unfallversicherung erhöhten sich die Aufwendungen um 8,0% gegenüber dem Vorjahr. In der Krankenversicherung nahmen die Aufwendungen um 5,1% zu, während sie in der Lebensversicherung um 7,0% zurückgingen.

Versicherungstechnisches Ergebnis
deutlich verschlechtert

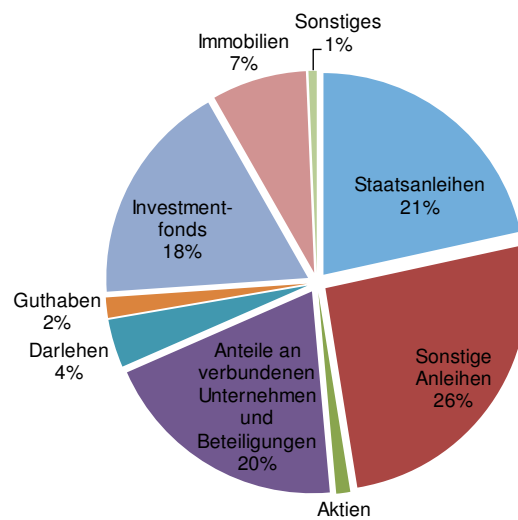
Im Jahr 2017 wiesen die österreichischen Versicherungsunternehmen ein versicherungstechnisches Ergebnis von 581 Mio EUR aus (+3,8% gegenüber dem Vorjahr). Sowohl in der Krankenversicherung (-8,3% auf 128 Mio EUR) als auch in der Lebensversicherung (-74% auf 50 Mio EUR) waren Abnahmen zu beobachten. Dem stand ein deutlicher Zuwachs in der Sparte Schaden/Unfall gegenüber (+78% auf 403 Mio. EUR). Diese Zunahme ist jedoch auf einen Einmaleffekt zurückzuführen.

Rückgang des Finanzergebnisses

Das Finanzergebnis – Kapitalanlage- und Zinserträge abzüglich Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen – belief sich 2017 auf 2,8 Mrd EUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang in Höhe von 7,7%. Dies resultierte aus einem Rückgang bei den Kapitalerträgen (-5,0%) bei einem gleichzeitigen Anstieg der Kapitalaufwendungen (+1,9%).

Die Vermögensstruktur der heimischen Versicherungsunternehmen (ohne Veranlagungen der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung) wird durch Investments in Schuldverschreibungen mit einem Anteil von 47,5% dominiert; diese teilen sich auf in 21,6% Staatsanleihen und 25,9% sonstige Anleihen. Auf den weiteren Plätzen folgen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit 19,8% und jene Investmentfonds, für die keine „Durchschau“ auf die zugrundeliegenden Wertpapiere erfolgt, mit 17,8%. In Immobilien waren 7,6% der Vermögenswerte investiert, wobei hier der Großteil auf direkt gehaltene Objekte entfällt.

Vermögenswerte der Versicherungsunternehmen*



Quelle: FMA, Daten per 31. Dez. 2017.
* ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherungen

Die stillen Nettoreserven (ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherung sowie die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge) betragen zum Jahresende 22,1 Mrd EUR, ein Rückgang von 4,2% gegenüber Q4 2016. 41,6% der stillen Reserven setzen sich zum Ende des Berichtszeitraums aus Aktien sowie Ergänzungs- und Partizipationskapital (inklusive Beteiligungen) zusammen. Schuldverschreibungen machen einen Anteil von 24,2% der stillen Reserven aus.

Rückgang des Ergebnisses der
gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) belief sich im abgelaufenen Jahr auf rund 1,1 Mrd EUR, was einem Rückgang von 12,0% gegenüber 2016 entspricht. Den weitaus größten Beitrag lieferte die Schaden/Unfallversicherung mit 86%. Diese Sparte war auch die einzige, die

einen leichten Zuwachs (+0,3%) verzeichnen konnte. Einen sehr deutlichen Rückgang gab es bei der Lebensversicherung (-76%), aber auch in der Krankenversicherung war das EGT rückläufig (-16%).

Niedrigzinsumfeld weiterhin Risiko für Versicherungen

Die überaus niedrigen Kapitalmarktzinsen stellen unverändert das größte Risiko für den Versicherungssektor dar, insbesondere für Lebensversicherungen, die dem Versicherungsnehmer eine bestimmte jährliche Rendite garantieren. Die Maßnahmen der FMA zur Stärkung der Risikotragfähigkeit des Lebensversicherungssektors tragen auch 2017 zur Stabilität des Sektors bei: Der per 1.1.2017 auf 0,5% gesenkte Garantiezinssatz für nach dem 31.12.2016 abgeschlossene Neuverträge reflektiert weiterhin dieses historisch niedrige Zinsniveau. Auch die im Jahr 2013 eingeführte Zinszusatzrückstellung stärkt mittelfristig die Eigenkapitalausstattung der Lebensversicherungsunternehmen.

Resultierend aus dem Niedrigzinsumfeld entstehen weitere Risiken, etwa eine dadurch bedingte geringe Profitabilität der Versicherungsunternehmen, sowie ein mögliches „search for yield“-Verhalten. Hierunter versteht man einen Anstieg der Risikofreudigkeit bei der Veranlagung, um somit die garantierten Renditen erwirtschaften zu können. Bei österreichischen Versicherern ist dieses Verhalten in gewissem Ausmaß bei Umschichtungen innerhalb von Anlageklassen (z.B. Nachranganleihen) zu beobachten. Mehrere Versicherungsunternehmen planen darüber hinaus, die Allokation hin zu Immobilien und Private Equity zu erhöhen.

Auf dem österreichischen Versicherungsmarkt ist außerdem ein Konsolidierungsprozess zu beobachten. Vermutlich aufgrund des Drucks, Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen zu erzielen, hat sich die Konzentration der Marktteilnehmer deutlich erhöht. So hat sich in den letzten fünf Jahren die Anzahl der zugelassenen Versicherungsunternehmen um 16% auf 89 verringert. Diese Reduktion ist insbesondere auf Verschmelzungen zurückzuführen.

Die großen österreichischen Versicherungsgruppen sind in unverändertem Ausmaß CESEE-Risiken ausgesetzt. Mehr als ein Drittel ihres Prämieinkommens stammt von den fast 100 Auslandsbeteiligungen, die sie vor allem in den Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas halten.

Durch die Einführung von Solvency II zum 01.01.2016, welches für Versicherungsunternehmen u.a. eine marktkonsistente Bewertung der Investments und ein risikobasiertes Eigenmittelerfordernis vorschreibt, stellt sich die Risikolage etwas verändert dar: Kursrückgänge an den Aktien- und Anleihenmärkten machen sich jetzt viel unmittelbarer in den Bilanzen und der Solvabilität der Versicherungsunternehmen bemerkbar. So haben sich auf der Investmentseite die Risiken aus der Eurokrise in den letzten beiden Jahren zwar reduziert, demgegenüber könnten Risiken aus einem Abschwächen der Weltkonjunktur sowie über die relativ hohen Bankenexposures den Versicherungssektor treffen.

Trotz dieser Herausforderungen bewegt sich die Solvabilitätsquote österreichischer Versicherungsunternehmen auf hohem Niveau. Mit 257% (Median) liegt die Solvenzquote für den österreichischen Markt zwar über dem europäischen Durchschnitt. Beobachtbar ist jedoch, dass österreichische Versicherungsunternehmen von den Möglichkeiten, von der Marktwertbilanzierung abzuweichen, Gebrauch machen. Auch zu beachten ist, dass bedingt durch die lange

Übergangsperiode von Solvency I auf Solvency II Marktrisiken in immer stärkerem Ausmaß auf die Bilanzen durchschlagen werden.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

Performance der Pensionskassen im
langjährigen Schnitt

Zum Vergleichszeitraum Q4 2016 entwickelten sich die Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen stabil. Bei den Pensionskassen errechnet sich eine Year-to-Date Performance von 6,1%, was im Rahmen der langfristig erzielten mittleren Performance liegt. Dabei konnten überbetriebliche Pensionskassen im Vergleich etwas bessere Performancezahlen aufweisen als die betrieblichen Einrichtungen (YtD Performance von 6,3% vs. 4,1%). Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen stieg zum Q4 2017 um 7,1% gegenüber dem Vorjahr auf einen neuen Höchststand von 22,3 Mrd EUR. Veranlagt war das Vermögen mit Ende September 2017 wie folgt: 40,6% entfielen auf Schuldverschreibungen, 35,2% auf Aktien, 9,8% auf Bankguthaben, 5,2% auf Immobilien und 8,5% auf sonstige Vermögenswerte. Damit blieb der Anteil der Anleihen im Jahresvergleich nahezu konstant, während der Aktienanteil um 2,5 Prozentpunkte anstieg. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg bis Ende Dezember 2017 auf 924 Tausend, wovon etwa 10,6% bereits eine Pensionsleistung bezogen.

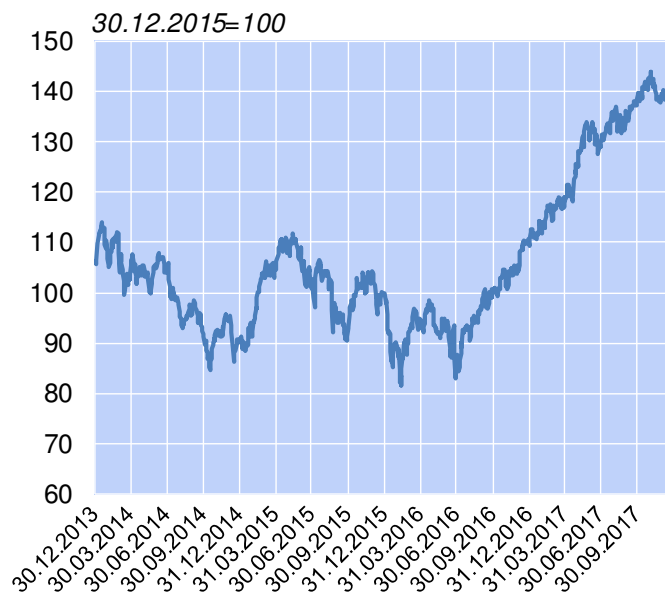
Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen waren im Verlauf des Jahres 2017 Wertzuwächse zu verzeichnen: Die durchschnittliche Performance belief sich auf +2,2%; das verwaltete Vermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12,7% auf 10,6 Mrd EUR. Anleihen machten zum Ende des dritten Quartals mit 68,2% den weitaus größten Teil der Assets aus, gefolgt von 12,9% in Aktien sowie 5,8% in Immobilien und sonstigen Vermögenswerten – im langfristigen Vergleich sind kleinere Umschichtungen aus den Anleihen in die etwas riskanteren Anlagekategorien beobachtbar.

Entwicklung des Wertpapiersektors

ATX im Jahr 2017 mit beträchtlichem
Zuwachs

Auf dem österreichischen Aktienmarkt ist das Jahr 2017 überwiegend positiv verlaufen. Der Austrian Traded Index (ATX) stieg um 30,6% auf 3420 Punkte, wobei die Kurssteigerungen hauptsächlich ab dem zweiten Quartal zu beobachten waren. Damit lag der ATX im internationalen Trend, der weiterhin von einem relativ niedrigen Zinsumfeld und positiven konjunkturellen Entwicklungen profitiert. Zudem zeigten die geopolitischen Ereignisse des vergangenen Jahres wenig Auswirkungen auf die Märkte. Dies war unter anderem durch historisch niedrige Volatilitätsindizes ersichtlich. Im Vergleich zu anderen internationalen Aktienindizes

Entwicklung des ATX



Quelle: Bloomberg

entwickelte sich der ATX mit einem Zuwachs von mehr als 30% sogar überdurchschnittlich gut: Der Deutsche Aktienindex (DAX) stieg im abgelaufenen Jahr um 12,5%, der europäische Stoxx 50 um 6,5%, und der US-amerikanische S&P 500 gewann 19,4% hinzu. Haupttreiber dieser überdurchschnittlichen Performance waren insbesondere das hohe Engagement und die daraus abgeleiteten Profite österreichischer Blue-Chips in der überdurchschnittlich wachsenden CESEE-Region. Weitere Impulsgeber waren zudem die am Markt wahrgenommenen sinkenden politischen Unsicherheiten im Euroraum, die anziehende Konjunktur und stabilere Rohstoffpreise. Insgesamt standen 2017 im ATX 15 Kursgewinner fünf Kursverlierern gegenüber.

Die Marktkapitalisierung des equity.at-Segments der Wiener Börse erreichte per Jahresende 2017 123 Mrd EUR (dies entspricht rund 33,5% des Bruttoinlandsprodukts) und lag damit etwa 30 Mrd höher als zum Jahresende 2016. Die Umsätze des Aktiensegments stiegen dabei gegenüber dem Vorjahr um 4,4% auf durchschnittlich 5,5 Mrd EUR im letzten Quartal 2017.

Emissionstätigkeit steigt im
Jahresvergleich

Die Emissionstätigkeit an der Wiener Börse erholte sich nach zwei Jahren unterdurchschnittlicher Entwicklung im vergangenen Jahr. Im Aktiensegment⁵ konnte vor allem durch die Neuemissionen der BAWAG P.S.K. ein Volumen von 4,75 Mrd EUR erzielt werden. Durch die Kapitalerhöhungen

⁵ Nur geregelter Markt, inländische Emittenten

gegen Bareinlagen wurde ein Betrag von 1,7 Mrd EUR aufgebracht; was einem Anstieg um 1,47 Mrd gegenüber dem Wert des Vorjahres entspricht.

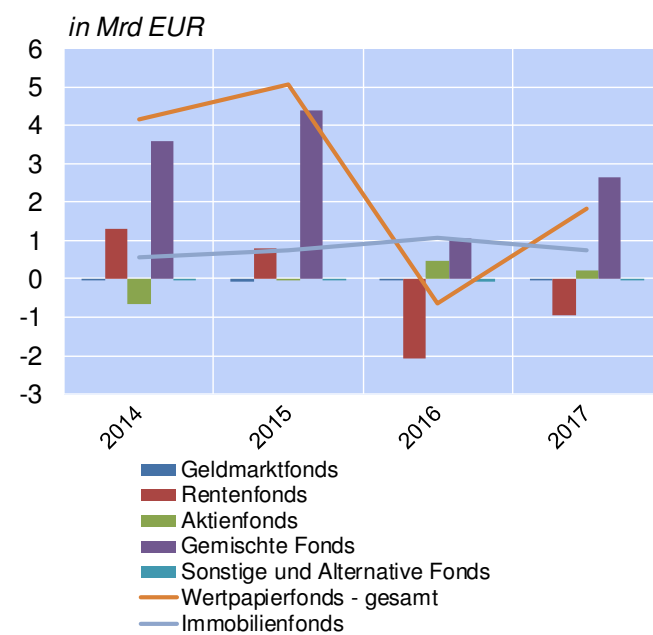
Im Anleihsensegment der Wiener Börse lag das Emissionsvolumen mit 70,2 Mrd EUR über dem Niveau des Vorjahres (+30,3%). Hiervon entfielen 22,3 Mrd EUR auf Anleihen von Finanzinstituten (+32,7% ggü. dem Vorjahr), 13,8 Mrd EUR auf sonstige Unternehmensanleihen (+65,8%), 3,0 Mrd EUR auf Performance-linked Bonds (-13,5%) und 31,1 Mrd EUR auf Anleihen des öffentlichen Sektors (+23,0%).

Wachsende Beliebtheit von Mischfonds

Nachdem es im Jahr 2016 zu Nettomittelabflüssen im Umfang vom 643 Mio EUR kam, konnten die Fonds im vergangenen Jahr Zuwächse verzeichnen und akkumulierten 2017 zusätzliche 3,52 Mrd EUR. Hervorzuheben ist die unverändert anhaltende Popularität der Mischfonds, die im genannten Zeitraum 3,6 Mrd EUR einsammeln konnten und damit das negative Ergebnis der Rentenfonds (-563 Mio EUR) und der Geldmarktfonds (-18 Mio EUR) mehr als kompensierten. Auch Aktienfonds konnten Zuflüsse verzeichnen – in der Höhe von 561 Mio EUR.

Das verwaltete Vermögen der österreichischen Investmentfonds⁶ belief sich zum Ende des vierten Quartals 2017 auf 175 Mrd EUR, was einer Steigerung von 5% gegenüber demselben Zeitpunkt des Vorjahres entspricht. Im zweiten Jahr in Folge bleiben die Rentenfonds hinter den gemischten Fonds als beliebteste Anlagekategorie zurück: Bedingt durch die Nettomittelabflüsse liegen die Rentenfonds aktuell mit 40% (inkl. kurzfristig orientierter Rentenfonds) erneut hinter den Mischfonds (43,2%); als dritt wichtigste Kategorie folgen Aktienfonds mit großem Abstand (16,2%).

Nettomittelzuflüsse bei Investmentfonds



Immobilienfonds stehen auch weiterhin in der Gunst der Anleger und verzeichneten 2017 einen Nettomittelzufluss von 715 Mio EUR. Das verwaltete Vermögen stieg in dieser Fondskategorie mit Ende Q4 2017 auf 7,5 Mrd EUR und hat sich damit seit 2008 mehr als vervierfacht.

⁶ Exklusive Alternative Investmentfonds, die nur nach dem AIFMG oder dem ImmoInvFG aufgelegt sind.

Tätigkeitsbericht

Das FMSG hat im Jahr 2017 vier Sitzungen (11. bis 14. Sitzung) abgehalten. Die Sitzungen fanden am 15. März, 30. Juni, 15. September und 29. November statt.

Reevaluierung des Systemrisikopuffers

Das FMSG hat in seiner 12. und 13. Sitzung den Systemrisikopuffer evaluiert. Seit dem Inkrafttreten des Puffers zum 1.1.2016 konnte eine Verringerung der strukturellen systemischen Risiken erreicht werden, insbesondere durch die Verbesserungen der Kapitalisierung des österreichischen Bankensystems (die ohne Einschränkung der Kreditvergabe in Österreich vollzogen wurde), der Reduktion des Auslandsengagements und somit der Größe des Bankensektors. Trotz der risikomindernden Faktoren wurde weiterhin ein erhöhtes strukturelles Systemrisiko für den österreichischen Bankensektor festgestellt. Vor allem das nach wie vor hohe Auslandsengagement gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften in Europa und die spezifischen Eigentümerstrukturen, die in einer Krise teilweise nur eingeschränkt in der Lage wären, Banken zu rekapitalisieren, sind Risikofaktoren für das Bankensystem. Da sich die festgestellten Systemrisiken sowohl auf konsolidierter als auch auf unkonsolidierter Ebene manifestieren und die Kapitalallokation insbesondere innerhalb einer grenzüberschreitenden Bankengruppe in einer Krise nicht flexibel ist, wurde in der 13. Sitzung am 15. September 2017 empfohlen, den Systemrisikopuffer auch auf unkonsolidierter Ebene zu vergeben.⁷ Insgesamt werden im Vergleich zur FMSG-Empfehlung von 2015 zwei weitere Institute neu umfasst. Die Gesamtevaluierung des Systemrisikopuffers soll bis zum Ende des ersten Halbjahres 2018 abgeschlossen werden.

Keine Veränderungen bei Höhe des OSII-Puffers

Das FMSG hat in seiner 14. Sitzung die Bedeutung einzelner Banken für das Finanzsystem in Österreich evaluiert und empfohlen, dass sowohl die Höhe des OSII-Puffers als auch die erfassten Banken unverändert bleiben.⁸ Der OSII-Puffer erfasst die Banken, deren Fehlfunktion oder Scheitern das Risiko einer Störung im Finanzsystem mit schwerwiegenden negativen Auswirkungen im Finanzsystem und in der Realwirtschaft nach sich ziehen kann (§ 23c BWG in Verbindung mit § 2 Z 41 BWG). Für die Identifizierung der systemrelevanten Institute in Österreich kommt die entsprechende Leitlinie der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zur Anwendung.

Antizyklischer Kapitalpuffer in Höhe von 0%

Der Antizyklische Kapitalpuffer soll das Bankensystem vor den Auswirkungen zyklischer systemischer Risiken schützen, die vor allem aus nicht nachhaltiger Kreditvergabe auf aggregierter Ebene entstehen können. Wie in den vergangenen drei Jahren ist der Hauptindikator (Kredit zu BIP-Lücke) für alle verwendeten Kreditaggregate negativ und zeigt daher kein exzessives Kreditwachstum an. Folglich empfahl das FMSG in allen Sitzungen des Jahres 2017, den Antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% der risikogewichteten Aktiva festzulegen.

⁷ Siehe <https://fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/2017/empfehlung-4-17.html>

⁸ Siehe <https://fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/2017/empfehlung-5-17.html>

Nachhaltige Immobilienfinanzierung

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Gremiums lag weiterhin auf der nachhaltigen Immobilienkreditvergabe an private Haushalte. Das FMSG begrüßt die Umsetzung seines Hinweises zur Erweiterung der makroprudenziellen Instrumente durch den Gesetzgeber, um der makroprudenziellen Aufsicht Handlungsmöglichkeiten für den Fall systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung zu geben. Ab dem 1. Juli 2018 wird die FMA nach § 22b BWG auf Basis einer Empfehlung durch das FMSG die Möglichkeit haben, durch Verordnung Höchstgrenzen für Beleihungsquoten, Schuldenquoten, Schuldendienstquoten und Laufzeiten neu vergebener Immobilienfinanzierungen zu setzen. Darüber hinaus können Kriterien hinsichtlich der Amortisation von neu vergebenen Immobilienkrediten festgelegt werden. Voraussetzung für den Einsatz dieser Instrumente ist die Feststellung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung, vor allem infolge von nicht nachhaltigen Immobilienkreditvergabestandards. Derzeit sieht das Gremium keinen unmittelbaren Handlungsbedarf, unterstreicht aber seinen Aufruf an die Banken, auf die Nachhaltigkeit bei der Neukreditvergabe zu achten.

Erweiterung der makroprudenziellen Strategie

In seiner 14. Sitzung hat das FMSG die Strategie der Makroprudenziellen Aufsicht in Österreich evaluiert und hinsichtlich der im Sommer 2017 vom Gesetzgeber beschlossenen Instrumente zur Adressierung systemischer Risiken aus der Fremdkapitalfinanzierung von Immobilien nach § 22b BWG adaptiert.⁹

Veröffentlichungen auf der Homepage des FMSG

Auf der Homepage werden die Presseaussendungen, Risikohinweise und Empfehlungen des FMSG, die Jahresberichte, die Strategie und weitere Hintergrundinformationen zur makroprudenziellen Aufsicht in Österreich veröffentlicht. Damit soll der Informationsstand der Öffentlichkeit zum Thema makroprudenzielle Aufsicht verbessert und auch die Rechenschaftspflicht des Gremiums, das im öffentlichen Auftrag handelt, gegenüber derselben erfüllt werden.

Ausblick

Im Jahr 2018 ist die Evaluierung des Systemrisikopuffers (SRP) auf konsolidierter Ebene, des Puffers für Systemrelevante Institute (OSII) sowie vierteljährlich des Antizyklischen Kapitalpuffers (AZKP) vorgesehen. Weiterhin im Fokus des Gremiums wird die Nachhaltigkeit der Immobilienkreditvergabe an private Haushalte stehen.

⁹ Siehe <https://fmsg.at/publikationen/strategie.html>

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß § 13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit merklichen Änderungen in der Intensität des systemischen Risikos oder von prozyklisch wirkenden Risiken und zur Einschätzung möglicher erheblicher Auswirkungen auf die Finanzstabilität im Rahmen der Abwicklung von Banken, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen, (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat und den Bundesminister für Finanzen.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch OeNB und FMA identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Vorsitzender

Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Alfred Katterl (BMF)

Mitglieder

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer (Fiskalrat),

Mag. Andreas Ittner (OeNB),

Mag. Klaus Kumpfmüller (FMA),

Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat).

Stellvertretende Mitglieder

Mag. Helmut Ettl (FMA),

Mag. Karin Fischer (BMF),

Dkfm. Dr. Edith Kitzmantel (Fiskalrat),

Mag. Philip Reading (OeNB),

Dr. Beate Schaffer (BMF),

Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat).

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen und von Mag. David Liebeg und MMag. Peter Strobl koordiniert.